

Die Herausforderung

Stellungnahme kurzgefasst

1. Die Einbettung der Reformvorschläge in den volkswirtschaftlichen Gesamtrahmen wird vom IAB ausdrücklich befürwortet.
 2. Die Herausforderung ist eher noch größer als im Kommissionsbericht dargestellt. In Deutschland fehlen insgesamt weit mehr als 6 Millionen Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt – für registrierte Arbeitslose, für Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und für Personen in der „Stillen Reserve“.
 3. Überdies sind von Arbeitslosigkeit persönlich weit mehr Menschen betroffen als aus der Jahresdurchschnittszahl von rund 4 Millionen registrierten Arbeitslosen hervorgeht. Denn Jahr für Jahr kommt es zu neuen Arbeitslosenmeldungen in der Größenordnung von rd. 7 Millionen Fällen, aber auch zu etwa gleich vielen Abmeldungen.
 4. Grundvoraussetzung für einen entscheidenden Abbau der Arbeitslosigkeit ist eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung. Dazu kommt es nur, wenn die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Güter- und Dienstleistungsproduktion über dem Produktivitätsfortschritt liegt.
 5. Vollbeschäftigung ist keine Utopie. Eine Neuausrichtung der Arbeitsförderung allein reicht dazu allerdings nicht aus. Ein Strategiebündel aus angebots- und nachfrageseitigen Maßnahmen bleibt unverzichtbar, wie das IAB in seiner AGENDA '98 bereits dargelegt hat.
-

Stellungnahme im Detail

1. „Das Ziel der Vollbeschäftigung kann nur durch einen übergreifenden beschäftigungspolitischen Ansatz erreicht werden. Die bloße Konzentration auf die Vermittlung kann das Problem nicht lösen“. Dieser Befund, der explizit in den Bericht der Kommission Eingang gefunden hat, wird vom IAB immer und immer wieder herausgestellt. Insofern ist die Einbettung der Reformvorschläge in den volkswirtschaftlichen Gesamtrahmen ausdrücklich zu befürworten.

 2. Dabei ist die Herausforderung eher noch größer als im Kommissionsbericht beschrieben. Neben den rund 4 Millionen registrierten Arbeitslosen und der etwa einen Million Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik muss bei der Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsplatzdefizits nämlich auch noch eine Stille Reserve in der Größenordnung von über 1 Million Personen berücksichtigt werden.
 Die Stille Reserve im engeren Sinne, also ohne Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, setzt sich zusammen aus der aktiven und passiven Stillen Reserve:
Aktive Stille Reserve
 Personen, die Arbeit suchen, dabei aber das Arbeitsamt nicht einschalten.
Passive Stille Reserve
 - Personen, die aktuell wegen mangelnden Angebots an Arbeitsplätzen keine Arbeit suchen, die allerdings bei verbesserter Arbeitsmarktlage erstmals oder wieder an Arbeit interessiert sind.
 - Personen, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig auf Dauer aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind oder auf einen Eintritt vorübergehend oder gänzlich verzichtet haben.
 In Deutschland fehlen also insgesamt weit über 6 Millionen Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt – für registrierte Arbeitslose, für Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und für die Stille Reserve im engeren Sinne.

 3. Außerdem ist die persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit noch weit größer als aus diesen Zahlen hervorgeht, kommt es doch Jahr für Jahr zu neuen Arbeitslosenmeldungen (aber auch Abmeldungen) in der Größenordnung von rd. 7 Millionen Fällen, die hinter dem Jahresdurchschnittsbestand von rund 4 Millionen registrierten Arbeitslosen stehen (2001: Zugänge 7,03 Millionen, Abgänge 6,88 Millionen).

 4. Wesentliche Ursache für die Persistenz der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist das geringe Wirtschaftswachstum in Verbindung mit einer relativ hohen Beschäftigungsschwelle. Grundvoraussetzung für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit ist – wenn nicht ein Rückgang des Arbeitskräfteangebots unterstellt wird – eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung. Zu einer Expansion der Beschäftigung in der Volkswirtschaft kommt es dann, wenn bei unveränderter durchschnittlicher Arbeitszeit die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Güter- und Dienstleistungsproduktion über dem Produktivitätsanstieg liegt. Damit diese Konstellation wieder eintritt und anhält, ist ein Policy-Mix aus angebots- und nachfrageseitigen Maßnahmen erforderlich, wie ihn das IAB mit seiner AGENDA'98 bereits vorgestellt hat.
-

5. Zu den Elementen eines solchen Strategiebündels gehören: Lohn-, Arbeitszeit- und Fiskalpolitik; Wachstumsförderung (z. B. mehr Zukunfts- und Bildungsinvestitionen, Forcierung des Gründungsgeschehens und Stärkung des Unternehmertums, Abbau von Subventionen) sowie strukturelle Reformen (z. B. Deregulierung, Reform der Steuer- und Transfersysteme, effizienter Einsatz der aktiven Arbeitsmarktpolitik).
6. Eine Neuausrichtung der Arbeitsförderung und strukturelle Reformen allein reichen also nicht aus: Deregulierung und Abgabensenkung können einen positiven Beschäftigungstrend nur verstärken. Eine optimierte Arbeitsmarktausgleichspolitik (einschl. aktivierender Ansätze) kann eine offensive Strategie zwar sinnvoll ergänzen, aber niemals ersetzen.